



Sprecher*innen

Sabine Giese

Uta Lemke

Referent Mobilität

Cao Son Ta

PRESSEMITTEILUNG

Dresden, 28.10.22

Nicht den Anschluss verpassen – Studierende fordern:

Bundesweites 29€-Bildungsticket jetzt!

Landesstudierendenvertretungen, der fzs e.V. und viele Studierendenschaften direkt stellen die gemeinsame Forderung auf, dass Studierende in der aktuellen Debatte zum 49€-Ticket nicht vergessen werden.

Das 9-Euro-Ticket war ein voller Erfolg: Über Landesgrenzen hinweg war es für eine begrenzte Zeit auch den ökonomisch prekären Gruppen der Gesellschaft, worunter insbesondere auch Studierende fallen, möglich, in Deutschland den ÖPNV zu nutzen, ohne sich finanziell stark zu belasten. So sorgte dies nicht nur für finanzielle Entlastung, auch hat es gezeigt, dass günstiger ÖPNV keine Frage der Machbarkeit, sondern schlicht eine Frage des politischen Willens ist. Wir begrüßen daher prinzipiell die Initiative der Bundesregierung und der Länder, ein Nachfolgemodell in die Wege zu leiten.

Allerdings darf die ökonomische Situation der Studierenden nicht vernachlässigt werden:

Max Wevelsiep vom AstA der Universität Oldenburg stellt hierzu fest:

„Die aktuellen Steigerungen der Miet-, Energie- und Stromkosten sowie die der allgemeinen Lebenshaltungskosten treffen Studierende mit am härtesten: So lebte bereits im Jahr 2020 ein Drittel aller Studierenden in Armut, die aktuelle Zahl wird deutlich größer sein.“

Eine große Mehrheit der Studierenden muss zudem nebenher einer Lohnarbeit nachgehen und ist, angesichts der aktuellen Situation, dazu in einem gesteigerten Ausmaß gezwungen, sodass für viele ein konzentriertes Studium kaum noch möglich ist. Trotz dieser prekären ökonomischen Lage Studierender zeichnet sich mit der einheitlichen Bepreisung des bundesweiten Ticket in Höhe von monatlich 49€ abermals die Tendenz ab, dass sie in zentralen politischen Fragen ignoriert werden.

Für uns steht fest: 49€ sind zu viel!

Angesichts der schwierigen finanziellen Lage werden sich viele Studierende mehrfach überlegen, ob sie sich für den jeweiligen Monat ein 49€-Ticket leisten können und diese Frage tendenziell verneinen. Das Ticket stellt somit für die meisten Studierenden keine finanzielle Entlastung dar. Dabei würde ein erschwingliches, bundesweit gültiges Ticket für viele Studierende eine klare Erleichterung des Alltags bedeuten.

Moritz Pleuse, Sprecher der Brandenburgischen Studierendenschaft, ergänzt hierzu: „Ein relevanter Teil der Studierenden pendelt und nicht alle wohnen in den Universitäts- und Hochschulstädten. Wir alle müssen mitgedacht werden!“

Zudem verbringen die wenigsten von ihnen ihr gesamtes Semester in ihrem Bundesland, sondern verreisen etwa für universitäre Exkursionen, familiäre wie freundschaftliche Besuche oder aus Gründen der eigenen Weiterbildung.

Carlotta Eklöh, fzs-Vorstand, macht deutlich: „Wir **fordern daher** die Bundesregierung und die Landesregierungen dazu auf, ein **bundesweites 29€-Bildungsticket zu schaffen**. Dies muss sowohl für **Studierende als auch für Schüler*innen, Auszubildende und Freiwilligendienstleistende** gelten: Studierende sind nicht die einzigen, die in prekären Situationen leben und Teil von Bildung sind“



Sprecher*innen

Sabine Giese

Uta Lemke

Referent Mobilität

Cao Son Ta

PRESSEMITTEILUNG

Dresden, 28.10.22

Zudem dürfen auch andere finanziell prekäre gesellschaftliche Gruppen nicht vergessen werden, auch für sie soll es ein vergünstigtes bundesweites Ticket geben. Ebenso halten wir es für selbstverständlich, dass bis Ende des aktuellen Wintersemesters das 49€ Ticket mit den aktuellen Semestertickets verrechnet wird.

Gezeichnet

der freie Zusammenschluss von student*innenschaften (fzs) e.V.

die Brandenburgische Studierendenvertretung (BRANDSTUVE),
die Landes-ASten-Konferenz Schleswig-Holstein (Lak SH),
die Landes-ASten-Konferenz Hamburg (Lak HH),
die Landes-ASten-Konferenz Niedersachsen (LAK Nds),
die Konferenz Sächsischer Studierendenschaften (KSS),
die Landeskongress der Studierendenschaften Mecklenburg-Vorpommern (LKS M-V)

die Allgemeinen Studierendenausschüsse
der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel,
der Technischen Hochschule Lübeck,
der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg,
der Hochschule für Künste im Sozialen, Ottersberg,
der Universität Lüneburg,
der Universität Hamburg,
der Hafencity Universität Hamburg,
der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg,
der Hochschule für bildende Künste Hamburg
der Technischen Universität Hamburg-Harburg,
der Hochschule Emden/Leer,
der Hochschule für Musik, Theater und Medien Hannover,
der Universität Osnabrück,
der Universität zu Lübeck
der HAWK Hildesheim Holzminden Göttingen
der HfMT Hamburg,
der Universität Potsdam
der Hochschule Hannover
der Universität Landau
der Technischen Universität Hamburg,
der Hochschule Ravensburg-Weingarten
des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT)
der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

die Studierendenräte
der Technischen Universität Dresden
der Hochschule für Musik Dresden
der Universität Tübingen



Sprecher*innen

Sabine Giese

Uta Lemke

Referent Mobilität

Cao Son Ta

PRESSEMITTEILUNG

Dresden, 28.10.22

der Vorstand des Studierendenrats der Friedrich-Schiller-Universität Jena
das Sprecher:innenkollegium des Studierendenrates der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
das Referat für Nachhaltige Mobilität vom StuRa der Universität Leipzig
das Referat für Hochschulpolitik vom StuRa der Universität Leipzig
die Beauftragte für studentische Angelegenheiten der Universität Leipzig

*Die KSS vertritt als gesetzlich legitimierte Landesstudierendenvertretung alle über 100.000 Studierenden an Sachsens staatlichen Hochschulen. Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an den Referenten Mobilität der KSS – Cao Son Ta (+49 176 84954903) unter mobilitaet@kss-sachsen.de oder an die Sprecher*innen der KSS – Uta Lemke (+49 1590 8475 494) und Sabine Giese (+49 1522 1874 904) unter sprecherinnen@kss-sachsen.de.*